

Freiheit

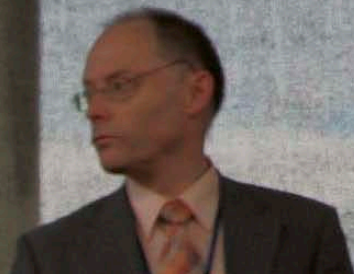
CHLAND F

T FÜR DIE

25 Jahre für Tibet

Warum politischer Einsatz wichtig ist

// von Klemens Ludwig



Als Tibets Tragödie mit der Besetzung durch die chinesische Volksbefreiungsarmee 1949/50 begann, nahm die Welt keine Notiz davon. Die Nachkriegswirren in Europa, der beginnende Kalte Krieg und die Entkolonisierung in Asien standen im Fokus. Daran änderte sich nur wenig, als sich die Ereignisse am 10. März 1959 in Lhasa überschlugen. Der Dalai Lama sollte nach Beijing entführt werden, doch Tausende von Tibeterinnen und Tibetern strömten zum Palast, um ihr Oberhaupt zu schützen. Gegen die chinesische Übermacht hatten sie keine Chance. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, aber dem Dalai Lama, seinen engsten Familienangehörigen und Vertrauten, gelang mit Hilfe einer kleinen tibetischen Guerillabewegung die Flucht. Zunächst hatte der Dalai Lama gehofft, im Süden Tibets bleiben zu können, doch die Nachrichten aus Lhasa ließen ihm keine andere Wahl, als den chinesischen Machtbereich zu verlassen. Er bat in Indien um Aufnahme, die ihm von Ministerpräsident Nehru gewährt wurde. Dabei hatte dieser noch wenige Tage zuvor, als Nachrichten über heftige Kämpfe in Lhasa an die Öffentlichkeit drangen, zu beschwichtigen versucht. Dort würden Weltanschauungen, aber keine Waffen, aufeinandertreffen, erklärte er.

Soziales Engagement, politische Enthaltensamkeit

Der Dalai Lama und die Menschen, die ihm ins Exil gefolgt waren, sahen sich einer schwierigen Situation gegenüber: Politisch wollte Indiens Ministerpräsident Nehru sie nicht unterstützen, denn 1959 glaubte er noch fest an eine friedliche Ko-Existenz mit der VR China. Erst 1962, mit dem Überfall der Volksbefreiungsarmee auf Indien, war diese Hoffnung beendet. Eine große persönliche Enttäuschung für Nehru. Dagegen setzte sich der indische Regierungschef dafür ein, den Flüchtlingen eine soziale und kulturelle Perspektive zu geben, gewiss auch mit dem Hintergedanken, dass sie sich dann nicht radikalisierten. Dabei war die freundschaftliche Aufnahme nicht selbstverständlich, denn das Gastland musste selbst viele eigene soziale Probleme bewältigen. „Von Anfang an zeigte Premier-

Unter unglaublichen Strapazen in einer tropisch-schwülheißen Umgebung schufen die tibetischen Flüchtlinge blühende Landschaften, die heute Vorbildcharakter haben.

minister Nehru ein starkes persönliches Interesse an den Problemen der tibetischen Flüchtlinge. Einer der Hauptgründe dafür war, dass seine China-Politik in Indien zu jener Zeit heftig angegriffen wurde, und seine Kritiker die Tibet-Krise als Beweis für sein Scheitern sahen. Darüber hinaus zeigten viele Indier große Sympathie für die Tibeter, vor allem wegen der kulturellen Gemeinsamkeiten. Wahrscheinlich um seine politisch bedingte Handlungsunfähigkeit, sich auf internationaler Ebene für Tibet einzusetzen, auszugleichen, gab Nehru in den 60er Jahren dem tibetischen Flüchtlingsproblem hohe innenpolitische Priorität“, fasst der tibetische Gelehrte Prof. Dawa Norbu die Gratwanderung zusammen.

Nehru bat alle indischen Bundesstaaten, Ländereien für die tibetischen Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Als erstes überließ der südindische Bundesstaat Mysore (heute Karnataka) den Tibetern ausgedehnte Dschungelgebiete, die sie urbar machen konnten. Das war zwar nicht ihre Vorstellung von einer neuen Heimat, weit weg von der vertrauten Umgebung, doch blieb ihnen keine andere Wahl. Unter unglaublichen Strapazen in einer tropisch-schwülheißen Umgebung schufen sie blühende Landschaften, die heute Vorbildcharakter haben. Die Siedlung Bylakuppe im Westen des Bundesstaates, die am 1. Februar 1960 eröffnet wurde, ist die größte, zusammenhängende, tibetische Siedlung in Indien mit über 10.000 Bewohnern. Der Aufbau im Süden forderte allerdings viele Opfer. Vor allem Malaria, im Gebirge unbekannt, wütete unter den ersten Siedlern. Dazu kamen Cholera, Ruhr und Gelbsucht.

Auch in den nördlichen Bundesstaaten Punjab, Himachal Pradesh, Jammu & Kashmir sowie West Bengalen wurden die Tibeter in zusammenhängenden Siedlungen untergebracht. Viele fanden Arbeit im Straßenbau, den die indische Regierung in den frühen sechziger Jahren vorantrieb. Es war jedoch eine harte Fron, die ebenfalls viele Opfer forderte. Über 30.000 Menschen sind seit 1959 in Folge von Krankheiten oder den Strapazen beim Aufbau einer neuen Existenz ums Leben gekommen.



Der Dalai Lama 1959 auf der Flucht nach Indien

Kultur bewahren

Aber der Dalai Lama wollte nicht nur eine soziale Perspektive für sein Volk. Ihm und der tibetischen Führung war frühzeitig klar, dass es eine rasche Rückkehr in eine freie Heimat nicht geben würde – ließen doch die Berichte aus Tibet das Schlimmste befürchten. Es war zu Beginn der sechziger Jahre nicht absehbar, ob überhaupt etwas von der tibetischen Kultur in ihrem ursprünglichen Siedlungsraum übrig bleiben würde. Die Tibeter sollten deshalb im Exil nicht nur als Individuen überleben, sondern auch als Gemeinschaft mit ihrer eigenen Kultur. Die zusammenhängenden Siedlungen, die Indien ermöglichte, waren eine Voraussetzung dafür, die Erziehung in der eigenen Tradition eine weitere. Die erste Schule für die Flüchtlingskinder konnte am 3. März 1960 in Mussoorie eröffnet werden. Nicht nur in Indien rührte das Schicksal der Tibeter viele Menschen, und so gab es private Hilfsangebote aus der Schweiz, Deutschland, England, den USA und aus anderen Staaten. Sie zu koordinieren und die nötigen Geldquellen zu erschließen, war die große Herausforderung, die schließlich zur Basis der tibetischen Erfolgsgeschichte im Exil wurde. Die Schwestern des Dalai Lama, Tsering Dölma, und nach ihrem Tod 1964, Jetsun Pema, gründeten die Nursery for Tibetan Refugee Children, aus der später die Kinderdörfer (Tibetan Children's Villages /TCV) wurden, Internatsdörfer, in denen die Flüchtlingskinder eine umfassende Ausbildung in der eigenen Kultur erhielten.

Die Regierung Tibets im Exil bemühte sich auch, die Flüchtlinge nicht nur in den Nachbarstaaten anzusiedeln. Im Gegensatz zur privaten Hilfsbereitschaft stieß sie mit ihren Appellen bei Regierungen zunächst auf wenig Resonanz. Als einziges Land außerhalb Asiens nahm die Schweiz in den 1960er Jahren etwa 1.000 tibetische Flüchtlinge auf.

Die Initiative ging maßgeblich auf Toni Hagen zurück, ein Geologe, der 1950 an der ersten Schweizer Entwicklungshilfemission nach Nepal teilnahm. Seine Position ermöglichte es ihm, auch abgelegene, für Ausländer gesperrte Gebiete des Landes aufzusuchen. So konnte er das ganze Drama der Fluchtbewegung von 1959 erfassen. Er traf auf Flüchtlingsgruppen, die völlig auf sich gestellt kaum Überlebenschancen hatten.

Sein Einfluss beim nepalischen König ermöglichte die Aufnahme Tausender Flüchtlinge im Himalaya-Königreich, doch war ihm klar, dass Nepals Ressourcen begrenzt waren. Deshalb bemühte sich Hagen – in Absprache mit der Exilregie-

**Nicht nur in Indien rührte
das Schicksal der Tibeter viele
Menschen.**

– um Aufnahme von Flüchtlingen in anderen europäischen Staaten. 1961 und 1962 war er als Chefdelegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz für die Ansiedlung in Nepal, der Schweiz und anderen Ländern zuständig. In der Schweiz öffneten Kinderdörfer ihre Tore, private Vereine entstanden und Firmen schufen Arbeitsplätze. Die Exilregierung unterstützte diese Bewegung, indem sie einflussreiche Persönlichkeiten mitschickte, darunter Phala, den Oberhofmeister des Dalai Lama, der auch dessen Flucht aus Lhasa organisiert hatte.

Europäische Ignoranz

Andere europäische Staaten wie Deutschland, Österreich, England oder Frankreich folgten dem humanistischen Vorbild der Schweiz lange nicht. Allerdings gab es auch in Deutschland Initiativen, die alles daran setzten, die Tibeter im sozialen Bereich zu unterstützen. Hervorzuheben ist dabei die 1962 gegründete Deutsche Tibethilfe, die für Tausende von tibetischen Kindern Patenschaften vermittelt hat.

Das politische und offizielle Desinteresse während der Adenauer-Ära am Schicksal der tibetischen Flüchtlinge ist bis heute nicht nachzuvollziehen, denn die Tibeter erfüllten alle Bedingungen, um mit offenen Armen aufgenommen zu werden: Die Volksrepublik China war international isoliert; die Republik China auf Taiwan vertrat die Chinesen in der UNO, es gab keinen Botschafteraustausch mit Beijing, und Adenauer warnte bisweilen vor der „gelben Gefahr“. Daraus hätte sich eine Solidarität mit den Opfern der Volksrepublik speisen können. Und es kam noch ein wirtschaftlich-sozialer Aspekt hinzu: Zu Beginn der 1960er Jahre wurden im Wirtschaftswunderland Deutschland dringend Arbeitskräfte gesucht, es begann die systematische Anwerbung der „Gastarbeiter“. Tausende Tibeter hätten so zum gegenseitigen Vorteil in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können. Die Adenauer-Regierung hatte kein Interesse daran.

Eine ähnliche Ignoranz erlebten die Tibeter auch von Seiten der Protestbewegung. Mitte der 1960er Jahre gingen in vielen europäischen Staaten und den USA immer mehr Menschen auf die Straße, die sich nicht allein mit wirtschaftlichen Erfolgen zufriedenstellen lassen wollten. Ihr Ausgangspunkt war – neben der individuellen Suche nach neuen Lebensformen, die vor allem in der Hippie-Bewegung ihren Ausdruck fand – die Solidarität mit unterdrückten Völkern. Insbesondere der Vietnamkrieg mobilisierte Millionen von Menschen weit über die USA hinaus zu Protesten. Auch gegen den Schah von Persien, gegen den Biafra-Krieg in Nigeria sowie für die Befreiung der Völker Süd- und Mittelamerikas zogen die Menschen auf die Straßen. Nur Tibet interessierte niemanden. Im Gegenteil: Viele der Meinungsführer unter den Demonstranten waren von der Volksrepublik China und dem damaligen Führer Mao Zedong fasziniert. Zwar wütete dort seit 1966 die Kulturrevolution, doch die Werke Maos galten

Das politische und offizielle Desinteresse während der Adenauer-Ära am Schicksal der tibetischen Flüchtlinge ist bis heute nicht nachvollziehbar.

als Richtschnur für die Befreiung aller unterdrückten Völker. Was wirklich im chinesischen Machtbereich geschah, wussten die wenigsten. Eines jedoch stand fest, wer von China verfolgt wurde, vertrat reaktionäre und feudale Positionen und verdiente keine Unterstützung.

Seit den späten 1960er Jahren gingen linke Aktivisten und erzkonservative Politiker sogar eine skurrile Liaison ein. Denn viele Konservative sahen während des Kalten Krieges in der Sowjetunion den wichtigsten Feind. Mit dem Bruch zwischen China und der Sowjetunion im Zuge der Entstalinisierung war China plötzlich zum Feind des Feindes geworden und damit zum neuen Freund. Der erste hochrangige bundesdeutsche Politiker, der 1975 die abgeschottete Volksrepublik noch während der Kulturrevolution besuchte, war kein Linker, sondern der CSU-Übervater Franz-Josef Strauß. Bis zu seinem Tod 1989 blieb er ein Bewunderer Maos und damit auch ein Gegner der Tibeter. Als die Menschen in Tibet im September 1987 erstmals seit dem großen Volksaufstand wieder gegen die chinesische Besetzung protestierten, erklärte Strauß, der sich damals in den USA aufhielt: „Der Dalai Lama und das von ihm repräsentierte System sind aus westlicher Sicht für Tibet nicht wünschenswert.“ Ähnlich sahen es andere konservative Repräsentanten, wie der Diplomat Erwin Wickert, der seit 1976 Botschafter in Beijing war.

Wende für Tibet

Dennoch trat in den 1980er Jahren eine Wende für Tibet ein. Langsam, aber unaufhaltsam, wurde das Schicksal der Tibeter nicht nur als soziales, sondern auch als politisches Thema wahrgenommen – mit bemerkenswerten Konsequenzen. Ursache dafür waren zwei miteinander zusammenhängende Entwicklungen: Mit der Abkehr von der Kulturrevolution nach Maos Tod 1976 verschloss sich die Mehrheit der politischen Aktivisten nicht länger der Erkenntnis, dass die Volksrepublik auf unverantwortliche Weise idealisiert worden war. Die Bewunderer Maos schrumpften zu einer kleinen, sektiererischen Minderheit, die selbst innerhalb der linken Bewegung immer weniger Einfluss ausübte. Das änderte auch den Blick auf die Opfer von Beijings Politik. Die Tibeter im Exil wurden nicht länger als Vertreter einer „reaktionären Feudalclique“



Petra Kelly

wahrgenommen, sondern als Opfer einer rücksichtslosen Großmachtpolitik. Die Öffnung Tibets seit 1980 ermöglichte zudem einen unverstellten Blick auf das dramatische Ausmaß der Zerstörung und bestätigte alle Berichte der Exiltibeter.

Nicht zuletzt bedingt durch die Enttäuschung über die Volksrepublik, entstand eine neue Kultur des Protestes, die Solidarität mit unterdrückten Völkern nicht von ideologischen Vorlieben abhängig machte, sondern auf den konkreten Konflikt schaute. Und daraus ging sogar ein neuer Politiker-Typ hervor, der in den 1980er Jahren zunächst in der Grünen Partei eine Heimat fand.

Die Ent-Ideologisierung des politischen Engagements brachte Tibet weltweit auf die politische Agenda. 1983 zogen die Grünen zum ersten Mal in den Bundestag ein, und ihre unumstrittene Ikone war die Friedensaktivistin Petra Kelly.

Sie brachte ein großes persönliches Interesse an Tibet mit. Mit einer Kleinen Anfrage setzte sie Tibet 1984 nicht nur erstmals auf die Agenda des Bundestags, sondern initiierte auch die erste internationale überparteiliche Anhörung für Tibet am 20./21. April 1989 in Bonn. Dazu reisten Experten aus Deutschland, Indien, der Schweiz, den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und den Niederlanden an. Beiträge wie die von Ama Adhe, die über ihre 27 Jahre Haft in Gefängnissen und Arbeitslagern berichtete, hinterließen eine ebenso

Die Tibeter im Exil wurden nicht länger als Vertreter einer „reaktionären Feudalclique“ wahrgenommen, sondern als Opfer einer rücksichtslosen Großmachtpolitik.

nachhaltige Wirkung wie die Analysen von Robbie Barnett, Franz Alt, George Fernandes, dem indischen Gewerkschafter und späteren Minister, und nicht zuletzt die vielen Augenzeugenberichte der Aufstände in Tibet von 1987, 1988 und 1989.

Organisatorische Grundlage

Aber es gab nicht nur die internationale Anhörung, es gab auch nationale Reaktionen auf die Ereignisse in Tibet. Seit September 1987 kam es verstärkt zu Demonstrationen in Lhasa, die im März 1989 ein solches Ausmaß erreichten, dass der örtliche KP-Chef Hu Jintao – der spätere Staatspräsident – für 14 Monate das Kriegsrecht über Tibet verhängte und das Land von der Außenwelt abschottete.

Das erwachte politische Interesse an Tibet motivierte den 1979 gegründeten Verein der Tibeter in Deutschland e.V. (VTD) am 10. März 1989 zu einer Solidaritätsveranstaltung im Bonner Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium, deren Resonanz alle Erwartungen weit übertraf. Etwa 700 Menschen waren gekommen, um sich über die Lage in Tibet zu informieren. Hauptreferent war der Fotojournalist Helfried Weyer, der einen weiten Bogen schlug von der eigenständigen tibetischen Geschichte bis zur Unterdrückung und kulturellen Zerstörung der Gegenwart. Doch es ging den Zuhörern nicht nur um Informationen. Sie waren sich einig, dass die Veranstaltung kein einmaliges Ereignis bleiben durfte. Um langfristig für Tibet arbeiten und Druck auf die Politiker ausüben zu können, war eine organisatorische Grundlage unverzichtbar.

Knapp einen Monat später, am 8. April, trafen sich etwa 50 Interessierte privat in Hennef, um die Vorsätze in die Tat umzusetzen. Kelsang Gyaltzen, der damalige Europavertreter der Exilregierung, der Filmemacher Clemens Kuby und der Vorsitzende des VTD, Palden Tawo, waren eigens nach Hennef bei Bonn angereist. Schnell herrschte Einigkeit, dass ein Verein gegründet werden sollte, der sich ausschließlich auf die politische Arbeit für Tibet zu konzentrieren hatte. Etwas schwieriger gestaltete sich die Namensgebung. Noch bei der Bundestagsanhörung weitere zwei Wochen später wurde außerhalb des Programms leidenschaftlich diskutiert, und am Ende stand der Name „Tibet Initiative Deutschland“ (TID) fest.

Abgesehen davon stärkte die eindrucksvolle Anhörung die Aktivist*innen in ihrem Bemühen, die Vereinsgründung voranzutreiben. Bonn, damals Bundeshauptstadt, wurde zum Zentrum der jungen Bewegung, was auch damit zusammenhing, dass hier die meisten Tibeter lebten. Bis alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen waren, gingen noch ein paar Monate ins Land. Am 8. August 1989 fand schließlich die offizielle Gründung der TID in der Privatwohnung von Birgit Arens statt. 13 Personen hatten sich dazu eingefunden und Rudolf Becker wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Bis 1994 war – mit kurzen Unterbrechungen – die Wohnung der Schatzmeisterin Helga Fuhrmann das Büro der TID, und alle administrativen wie auch politischen Aufgaben wurden ehrenamtlich erledigt.



Pressekonferenz zum
Li Peng Besuch in Bonn im Mai 1994

Um langfristig für Tibet arbeiten und Druck auf die Politiker ausüben zu können, war eine organisatorische Grundlage unverzichtbar.

Bundesweite Präsenz

Schon in den ersten Jahren bildete sich die Struktur heraus, die bis heute zu den Stärken der TID zählt, die starke bundesweite Präsenz und Verankerung an der Basis. Zwischen Hamburg und Landshut, zwischen Frankfurt und Berlin bildeten sich Regionalgruppen, die durch Veranstaltungen, Mahnwachen und Kundgebungen die lokale Bevölkerung über Tibet informierten und versuchten, Einfluss auf Politiker zu nehmen. In München und Kempten im Allgäu entstanden eigenständige Organisationen mit ähnlichen Zielen. Derartige Aktivitäten hängen weit mehr als ein etablierter Bürobetrieb vom Engagement Einzelner ab. So war es unvermeidlich, dass einzelne Gruppen ihre Arbeit eingestellt haben, wenn sich die ‚Motoren‘ aus unterschiedlichen Gründen zurückge-

zogen haben. Doch derartige Entwicklungen wurden immer wieder durch Neugründungen oder auch neue Persönlichkeiten in einer bestehenden Gruppe aufgefangen. Die TID hat ihre feste Verankerung an der Basis in den 25 Jahren ihres Bestehens kontinuierlich aufgebaut. Heute gibt es bundesweit ehrenamtliche Regionalgruppen und Kontaktstellen in rund 60 Städten. Die erste TID-Geschäftsstelle mit hauptamtlichen Teilzeitkräften wurde 1994 im damals gerade gegründeten Asienhaus in Essen eröffnet.

Am 6. Mai 1995 wurde der TID eine ganz besondere Ehre zuteil: Der Dalai Lama weihte das neue TID-Büro ein. Sein Besuch machte sowohl die TID als auch das Asienhaus schlagartig bekannt. Die sich herausbildende Struktur erlaubte schließlich auch bundesweite Aktionen in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn.

Auf großes mediales Interesse stießen die Demonstrationen in der Nähe des Bundeskanzleramts während der Besuche des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng (1994) und Staatspräsidenten Jiang Zemin (1995). Ein Jahr nach Jangs Besuch fand die Zweite Internationale Konferenz der Tibet-Solidaritätsgruppen in Bonn statt, deren Gastgeber die Friedrich-Naumann-Stiftung war. Der Konferenz ging ein heftiger parteiinterner Streit in der FDP voraus. Außenminister Klaus Kinkel wollte die Konferenz verhindern, weil er negative Folgen für das deutsch-chinesische Verhältnis befürchtete, die dann tatsäch-



Aktion „Tatort Tibet“
vor dem Bundeskanzleramt | August 2012

lich eintraten und in der Schließung des Büros der Naumann-Stiftung in China gipfelten. Stiftungs-Präsident Otto Graf Lambsdorff ließ sich von seinem Parteifreund jedoch ebenso wenig beirren wie von chinesischen Drohungen und hielt an der Konferenz fest, selbst als Kinkel wichtige Zuschüsse blockierte. Der zum Teil öffentlich ausgetragene Streit lenkte die Aufmerksamkeit noch stärker auf die Veranstaltung, die von der TID eröffnet und inhaltlich maßgeblich mitgestaltet wurde. Das letzte Großereignis der Bonner Zeit war im Juni 1999 eine zweitägige Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der TID. Neben einem Solidaritätskonzert und mit 12.000 Lichtern auf einem Rhein-Floß, die an die 1,2 Mio. ermordeten Tibeter erinnerten, wurden auf der Konferenz „Perspektiven für Tibet“ konkrete Möglichkeiten erörtert, wie das Recht auf Selbstbestimmung für Tibet verwirklicht und von China anerkannt werden könnte. Neben dem Dalai Lama stellten sich der amtierende Ministerpräsident von Südtirol, Luis Durnwalder, die Ministerpräsidentin, Kazimiera Prunskiene, die Litauen in die Unabhängigkeit geführt hatte, sowie der juristische Berater der Regierung Tibets im Exil, Michael van Walt, dieser Frage.

Neues Domizil – neue Herausforderungen

2001 folgte die TID der Bundesregierung nach Berlin. Bonn spielte als politischer Ort keine bedeutende Rolle mehr, und die Präsenz in Essen ließ weitere Perspektiven vermissen. Allerdings änderten sich damit die Rahmenbedingungen für Protestaktionen in einem wesentlichen Punkt. Die Bonner Polizei hatte die Aktionen mit großer Sympathie begleitet. Natürlich musste sie ihrer Ordnungsfunktion nachkommen, doch sie nutzte ihren Spielraum, um den Tibet-Unterstützern die größtmögliche Präsenz zu ermöglichen. Und bisweilen gab es sogar unter der Hand den einen oder anderen Tipp, wo der Tross eines chinesischen Staatsgastes noch auftauchen würde und ein günstiger Ort sei, sich mit Tibetflaggen zu zeigen. In Berlin dagegen unternehmen die Ordnungskräfte alles, um Demonstranten gegen chinesische Delegationen möglichst unsichtbar zu machen und offiziellen Chinesen den Anblick einer tibetischen Flagge zu ersparen. So werden Mannschaftswagen als Sichtschutz benutzt und Hubschrauber eingesetzt, um politische Slogans zu übertönen. Doch gelingt es der TID gerade auch in Berlin immer wieder mit spektakulären Aktionen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Tibet zu lenken. Orte des Geschehens sind zumeist die chinesische Botschaft, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt oder auch das Brandenburger Tor. So ließ die TID im Juni 2011 zum Beispiel anlässlich des Besuchs von Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao symbolisch 300 schwarze

Die TID hat ihre feste Verankerung an der Basis in den 25 Jahren ihres Bestehens kontinuierlich gestärkt. Heute gibt es bundesweit ehrenamtliche Regionalgruppen und Kontaktstellen.

Luftballons am Kanzleramt steigen, um auf die Verschleppung von 300 Mönchen aus dem Kloster Kirti aufmerksam zu machen, und schaffte es damit auch in die internationalen Medien. Aber nicht nur in Berlin, sondern auch bundesweit gelingt es der TID mit ihren Aktionen und Kampagnen, durch Informationsstände, Filmabende, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und vieles mehr, Tibet in das öffentliche Bewusstsein und auf die politische Agenda zu bringen. Damit ist sie mittlerweile auch international beispielgebend für andere Tibet Support Groups geworden.

Im Schicksalsjahr 2008, dem Jahr des bis dato letzten großen Volksaufstands in Tibet, der wochenlang die internationalen Schlagzeilen beherrschte, und dem Jahr der Olympischen Spiele in Beijing, protestierten die Aktiven der TID unermüdlich gemeinsam mit den Exiltibetern über Monate hinweg vor den Konsulaten und der chinesischen Botschaft für ein Ende der Gewalt. Mit zahlreichen Aktionen wiesen sie auch auf die umstrittene Vergabe der Spiele an China hin und nahmen das IOC in die Verantwortung.

In diesem bewegenden Jahr besuchte der Dalai Lama auf Einladung der TID die Städte Bochum, Mönchengladbach, Nürnberg und Bamberg. Mehrere Tausend Zuhörer kamen zu seinen Vorträgen. Höhepunkt war die eindrucksvolle kurzfristig organisierte Abschlusskundgebung mit 25.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland am Brandenburger Tor. Ein starkes Signal der Solidarität an die Tibeter in Tibet.

Die politische Tibet-Arbeit ist heute wichtiger denn je, gerade weil sich die Rahmenbedingungen seit den 1990er Jahren massiv geändert haben. Die Volksrepublik China ist zu einem ‚global player‘ geworden. Internationale Großkonzerne tun alles, um auf dem expandierenden chinesischen Markt präsent zu sein und chinesischen Investoren werden rote Teppiche ausgerollt. Und die Wirtschaft fordert Rückendeckung von der Politik ein. Das bedeutet nicht nur Bürgschaften, sondern vor allem auch eine Unterbindung jeglicher Kritik an China. Es ist bekannt, wie sensibel die chinesische Führung reagiert. Und als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ wird bereits der Empfang des Dalai Lama durch einen Staats- oder Regierungschef gewertet. So stieß das Treffen zwischen dem Dalai Lama und Bundeskanzlerin Merkel 2007 denn auch auf

heftige Kritik seitens der Wirtschaft und sorgte für Spannungen in der Regierung.

Die TID hat auf diese Herausforderungen reagiert, indem sie heute viel stärker auf internationaler Ebene vernetzt ist. Viele Aktionen sind Teil einer weltweiten Kampagne, Synergien werden genutzt, Wissen und Ideen werden geteilt. Die TID steht darüber hinaus auch für starke eigene Kampagnen, wie etwa die Suchaktion nach dem Verbleib des Panchen Lama, die FREE ME-Kampagne zur Freilassung politischer Gefangener, die Umweltkampagne Green Tibet. Free Tibet gegen die Zwangsansiedlung der Nomaden und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Eine ihrer erfolgreichsten Kampagnen „Flagge zeigen“ wurde dieses Jahr noch weiter ausgebaut. Bereits seit 1996 ruft die TID Städte, Gemeinden und Landkreise dazu auf, am 10. März, dem tibetischen Gedenktag, die tibetische Flagge an Rathäusern und öffentlichen Gebäuden zu hissen. Was zunächst mit zehn Städten begann, wird inzwischen von mehreren Hundert unterstützt – und von der chinesischen Botschaft massiv bekämpft. Die Vertretung der Volksrepublik droht den Teilnehmern mit Konsequenzen für das deutsch-chinesische Verhältnis, doch geflaggt wird weiterhin. Denn die Beteiligung an dieser Kampagne ist vor allem eins, nämlich ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten und für das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes. Und genau dafür steht die TID – gestern wie heute. //



DER AUTOR

Klemens Ludwig arbeitet als freier Autor mit dem Schwerpunkt Asien. Tibet bereiste er erstmals 1986 und danach immer wieder, bis ihm die chinesischen Behörden 2004 das Visum verweigerten. Er unterhält enge Kontakte zu den Exiltibetern. Von 1994 – 2000 war er Vorsitzender der TID, 1989 Sachverständiger bei der Bundestagsanhörung von Petra Kelly und Gert Bastian. Über seine Erfahrungen hat er zahlreiche Bücher, Radiosendungen und Zeitungsbeiträge veröffentlicht.